STUTTGARTER ZEITUNG 4 POLITIK Nr. 92 | Freitag, 22. April 2022

Russland-Ukraine-Krieg

Putin erklärt Mariupol für erobert

Die ukrainische Regierung verlangt einen humanitären Korridor für Zivilisten und verletzte Soldaten.

ussland hat die seit fast zwei Monaten umkämpfte ukrainische Hafenstadt Mariupol nach eigenen Angaben vollständig eingenommen. Das teilte Verteidigungsminister Sergej Schoigu bei einem Treffen mit Kremlchef Wladimir Putin mit. Das Stahlwerk der Fabrik Azovstal, in dem ukrainische Soldaten und Zivilisten ausharren, wolle man nun nicht mehr stürmen, sondern hermetisch abriegeln. Russlands Präsident Putin zeigte sich am Donnerstag im Staatsfernsehen. Die ukrainischen Kämpfer in Mariupol sollten die Waffen niederlegen, dann würden sie mit dem Leben davonkommen. Putin sprach von einem Erfolg und einer "Befreiung Mariupols".

Die südostukrainische Hafenstadt wurde bei den Gefechten weitgehend zerstört. Von den ursprünglich mehr als 400 000 Einwohnern sind noch etwa 100 000 in der Stadt. Mehrere Versuche einer geordneten Evakuierung schlugen fehl. Die ukrainische Regierung fordert von Russland für die Menschen im Stahlwerk die Einrichtung eines humanitären Korridors. "Dort befinden sich gerade etwa 1000 Zivilisten und 500 verwundete Soldaten. Sie müssen alle heute aus Azovstal herausgeholt werden!", schrieb Vizeregierungschefin Iryna Wereschtschuk am Donnerstag im Nachrichtenkanal Telegram. Sie rief "die Welt" dazu auf, alle Anstrengungen auf das Stahlwerk zu konzentrieren. "Das ist jetzt der Schlüsselpunkt und der Schlüsselmoment für die humanitären Bemühungen."

"Das ist jetzt der Schlüsselmoment für die humanitären Bemühungen."

Irvna Wereschtschuk, Vizeregierungschefin der Ukraine

Russische Truppen stoßen in der Ukraine derweil weiter vor, die befürchtete Großoffensive im Osten könnte erst noch bevorstehen, sagte der Sekretär des ukrainischen Sicherheitsrats, Olexij Danilow, in einem Interview: Entlang der gesamten Front in den Gebieten Donezk, Luhansk und Charkiw griffen die Russen zwar seit Dienstag an, doch handele sich wohl nur um "Probeangriffe". Der Großteil von Luhansk ist nach ukrainischen Angaben bereits unter russischer Kontrolle. Darunter auch die Kleinstadt Kreminna, die zuvor von der ukrainischen Armee in eine Befestigungsanlage verwandelt worden war. In der Donezk-Region hat die russische Armee am Donnerstag 42 Dörfer eingenommen.

Inzwischen wurden im Kiewer Vorort Borodjanka nach ukrainischen Angaben zwei Gräber mit neun Leichen entdeckt. Es handele sich um Zivilisten, Männer und Frauen, teilte Andrij Njebytow von der Polizei der Hauptstadtregion auf Facebook mit. Einige von ihnen wiesen Folterspuren auf.

Schwesig will weiter im Amt bleiben

SCHWERIN/KIEL. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) will ungeachtet der anhaltenden Kritik an ihrem früheren Kurs gegenüber Russland ihr Amt als Regierungschefin weiterführen. "Vor einem halben Jahr gab es eine Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Und die Bürgerinnen und Bürger haben mich mit großer Mehrheit in meinem Amt bestätigt, mit einem starken Bürgervotum", sagte Schwesig am Donnerstag am Rande eines Treffens mit ihren norddeutschen Amtskollegen in Kiel.

"Deshalb können sich die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern auch darauf verlassen, dass ich weiter dieser Erwartung und diesem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werde", so Schwesig. Im Zentrum der Kritik stehen die Unterstützung für die russisch-deutsche Ostseepipeline Nord Stream 2 und die Gründung einer Stiftung, mit deren Hilfe die Leitung unter Umgehung von US-Sanktionen unterstützt wurde. Dokumenten zufolge hatten bei der Stiftungsgründung Vertreter der Nord Stream 2 AG direkt mitgewirkt. Der CDU-Außenexperte Norbert Röttgen legte Schwesig den Rücktritt nahe, falls Medienberichte über Verflechtungen mit Nord Stream 2 zuträfen. dpa





Bei einem Angriff auf Vinograda wurde ein Wohnblock aufgerissen. Ihr Zuhause mussten auch die Kinder aus Lwiw verlassen, die nun in einer Unterkunft leben.

Foto: dpa/Jussi NukariMykola Tys

"Waffen dienen der Selbstverteidigung"

Interview Der Ukraine mit Kriegsgerät zu helfen ist rechtlich zulässig, sagt der Rechtsprofessor Kai Ambos. Nicht nur mit Defensivwaffen.

"Der russische

Schulen und

Angriff auf Zivilisten,

Krankenhäuser ist

ein Verstoß gegen

das humanitäre

Kai Ambos, Professor

für Kriegsvölkerrecht

Völkerrecht.

ie Ausbildung von ukrainischen Soldaten führt nicht zum Kriegseintritt Deutschlands, sagt der Spezialist für Kriegsvölkerrecht, Kai Ambos.

Herr Ambos, wann wird ein Land zur Kriegspartei?

Wenn es an einem bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts teilnimmt, und zwar unter Anwendung bewaffneter Gewalt.

Was bedeutet es überhaupt in der Praxis, Kriegspartei zu sein?

Das hat insbesondere die Konsequenz, dass militärische Ziele des teilnehmenden Staats angegriffen werden können, also insbesondere seine Soldaten und militärischen Objekte.

Ist es erlaubt, Überfallenen zu helfen?

Ja, nach dem kollektiven Selbstverteidigungsrecht im Sinne von Artikel 51 der UN-Satzung.

Welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang Waffenlieferungen? Waffenlieferungen sind in diesem Sinne legitime Unterstützungshandlungen.

Gibt es einen Unterschied, ob Waffen zur Verteidigung oder für den Angriff geliefert werden?

Im Fall einer kollektiven Selbstverteidigung dienen alle Waffen der Selbstverteidigung des angegriffenen Staats. Der Unterschied in Offensiv- und Defensivwaffen macht insoweit keinen Sinn.

Ist es zulässig, anstelle von "schweren Waffen" von Angriffswaffen zu reden?

Das kommt auf die Waffen an. Der Begriff schwere Waffen ist ebenso wenig ein Fachbegriff wie der von Angriffswaffen.

Welche Bedeutung bezüglich einer

Kriegsbeteiligung hat die Ausbildung von Soldaten, die sich im Krieg befinden? Eine solche Ausbildung stellt eine Unterstützungshandlung dar, sie führt aber nicht zum Kriegseintritt im oben genannten Sinne. Der Unterstützerstaat wendet ja selbst keine bewaffnete Gewalt an.

Macht es einen Unterschied, ob diese Ausbildung in Deutschland, der Ukraine oder einem Drittland geschieht?

Es kann einen Unterschied machen, wenn diese Ausbildung auf dem Gebiet des bewaffneten Konflikts, also in der Ukraine stattfindet, etwa durch Ausbildung an bestimmten Waffen. Zwar würde

ich darin keine aktive Teilnahme der Soldaten des unterstützenden Drittstaats, zum Beispiel Deutschlands, am bewaffneten Konflikt sehen, aber zumindest die Soldaten der unterstützten Partei, also der Ukraine, sind legitime militärische Ziele. Die Schädigung der Soldaten des Unterstützerstaats könnte als Kollateralschaden zulässig sein. Unabhängig davon kann ein solcher Angriff zum Entstehen eines bewaffneten Konflikts zwischen Russland und den Drittstaaten

Wo ist all das geregelt?

Das anwendbare Rechtsregime ist das sogenannte humanitäre Völkerrecht oder das Recht des bewaffneten Konflikts (früher auch Kriegsrecht). In unserem Fall sind ins-

DIE AKTUELLE KRIEGSLAGE IN DER UKRAINE



besondere die vier Genfer Konventionen von Der Angriff auf Zivilisten und zivile Objekte, 1977 relevant. Allerdings sind diese Fragen nicht direkt beantwortet, sondern die Antworten müssen aus unterschiedlichen Regelungen hergeleitet werden.

Wobei hat Russland bisher gegen diese Regeln verstoßen?

SPEZIALIST FÜR KRIEGSVÖLKERRECHT

Lehre Kai Ambos (57) wurde in Heidelberg geboren und lehrt seit nahezu 20 Jahren an der Georg-August-Universität Göttingen Strafrecht und Völkerstrafrecht.

Praxis Ambos war Mitglied des Verteidigerteams von Mladen Markač bei der Berufungsverhandlung im Fall Gotovina vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), die mit Freispruch für die Verurteilten endete. Seit 2017 ist er Richter am Kosovo-Sondertribunal in Den Haag. cgo

1949 und das erste Zusatzprotokoll dazu von wie Schulen und Krankenhäuser, stellt einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar. Jeder Fall muss aber einzeln geprüft werden. Außerdem ist es eine andere Frage, ob solche Verstöße auch Kriegsverbrechen sind. Dazu müssten Täter vorsätzlich handeln.

Was geschieht, wenn Russland die Kriegsbeteiligung anders definiert?

Das humanitäre Völkerrecht wird grundsätzlich auch von der Russischen Föderation anerkannt; sie ist auch Vertragspartei der einschlägigen Abkommen. Natürlich gibt es auch hier, wie generell bei juristischen Texten, Auslegungsfragen, über die man streiten kann. In der Regel differieren die Konfliktparteien auch über die tatsächliche Beurteilung bestimmter Vorkommnisse. Wenn ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Parteien vorliegt, findet das humanitäre Völkerrecht aber Anwendung, unabhängig von der Beurteilung einer Konfliktpartei.

Das Gespräch führte Christian Gottschalk.

Panzer für Kiew: deutscher Ringtausch mit Slowenien

Partner in Osteuropa liefern Panzer aus Sowjetbeständen und bekommen Ersatz. Die US-Regierung billigt weitere Lieferungen.

eutschland hat osteuropäischen Ländern Ersatz für schwere Waffen zugesagt, die diese schnell an die Ukraine liefern sollen. Das kündigte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht am Donnerstag in Berlin an. Nach Informationen aus Regierungskreisen ist mit Slowenien vereinbart, dass das EU-Land einige seiner T72-Panzer an die Ukraine abgibt. Dafür solle das Land von Deutschland rund 20 Marder-Schützenpanzer und 20 Fuchs-Transportpanzer erhalten, hieß es.

Deutschland war dafür kritisiert worden, die Ukraine nicht ausreichend mit schweren Waffen zu unterstützen. Vergangenen Freitag hatte die Regierung dann zwei Milliarden Euro zusätzlich bewilligt, um Waffen zu kaufen. Davon dürfte auf verschiedenen Wegen für rund 1,4 Milliarden Euro Militärmaterial für die Ukraine besorgt werden.

"Die Situation in der Ukraine spitzt sich dramatisch zu, und wir dürfen nicht zulassen, dass Putin, dass Russland diesen Angriffskrieg gewinnt", sagte Lambrecht. Die schnellste Hilfe sei möglich, wenn osteuropäische Partner Waffen aus Sowjetbeständen abgäben. "Da ist keine Ausbildung mehr erforderlich, und auch der Transport kann schnell gewährleistet werden", sagte die SPD-Politikerin.

Die Abgabe werde Deutschland dadurch unterstützen, dass man beim Auffüllen der Lücken helfe. "Deswegen sind wir auch mit der Industrie im Gespräch darüber", sagte die SPD-Politikerin. Die Industrie könne "recht zügig" aufbereitetes Material liefern. Lambrecht betonte erneut, dass die Bundeswehr aus eigenen Beständen kein Material abgeben könne, um die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit nicht zu gefährden. Die Verteidigungsministerin wies zudem darauf hin, dass sie im engen Austausch mit ihren ukrainischen Kollegen sei, um Listen von benötigtem Militärmaterial abzustimmen.

Die US-Regierung will der Ukraine weitere Waffen und Munition im Wert von bis zu 800 Millionen Dollar (rund 736 Millionen Euro) liefern, darunter auch Artillerie und Drohnen. Jeder Amerikaner könne stolz darauf sein, dass die Großzügigkeit der USA dazu beitrage, die Ukraine im Kampf gegen Russlands Aggression zu unterstützen, sagte US-Präsident Joe Biden in Washington. Biden kündigte an, dass das neue Paket unter anderem Dutzende Haubitzen und taktische Drohnen enthalten werde.

Die USA haben der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs Ende Februar mit der neuen Zusage bereits Waffen im Wert von mehr als 3,3 Milliarden US-Dollar zugesagt oder geliefert. Mit Blick auf die gefürchtete russische Großoffensive im Donbass sprach Biden von einem "kritischen Zeitfenster", in dem die "Weichen für die nächste Phase dieses Krieges" gestellt würden. Biden sagte außerdem, er habe am Donnerstagmorgen den ukrainischen Regierungschef Denys Schmyhal getroffen.